

BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform über die Vergabeplattform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Kommunikation

Für Fragen zur Ausschreibung steht ausschließlich die elektronische Vergabeplattform aumass zur Verfügung. Dafür ist eine Registrierung auf der Vergabeplattform aumass erforderlich. Diese Registrierung ist **kostenlos**.

Registrierte Bieter werden automatisch per E-Mail über Nachträge informiert. Zudem wird ihnen empfohlen, regelmäßig ihr Postfach auf der Vergabeplattform aumass zu sichten, damit sie immer auf den aktuellsten Stand der Ausschreibung sind.

Nicht registrierte Bieter müssen selbständig und regelmäßig die Kommunikation auf der Vergabeplattform aumass verfolgen. Es liegt in ihrem eigenen Verantwortungsbereich, sich über Nachträge zu informieren.

Grundsätzlich sollte die Frist für Bieterfragen eingehalten werden. Nicht rechtzeitig gestellte Bieterfragen können auch unbeantwortet bleiben. Zusätzlich behält sich die Vergabestelle vor, auch nach Ablauf dieser Frist Bieterfragen zu beantworten.

Für Fragen zur technischen Durchführung steht Ihnen der Support der Vergabeplattform aumass telefonisch von Montag bis Freitag 8 - 17 Uhr kostenlos zur Verfügung.

Telefon: 0941 - 280 923 10

4 Angebot

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

5 Preise

Die Ausführung der beschriebenen Leistungen muss angeboten werden und in den angebotenen Preispositionen enthalten sein. Alle Nebenkosten, die bei der Erbringung der Leistungen entstehen, müssen in der Preiskalkulation berücksichtigt sein.

Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengensatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vorhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

6 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen anderer Unternehmen.

Soweit Bescheinigungen verlangt werden, ist für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

7 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Das Formular „Erklärung einer Bietergemeinschaft“ (siehe Vergabeunterlagen) muss von allen Mitgliedern unterzeichnet werden und ist mit dem Angebot abzugeben.

Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben die Nachweise zur Eignung jeweils separat einzureichen.

Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

8 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen.

Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ (siehe Vergabeunterlagen) abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

9 Eignung

Es können nur Bieter berücksichtigt werden, welche die für die zu vergebende Leistung notwendige Eignung (Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit) besitzen.

Unternehmen haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **entweder** die in der Auftragsbekanntmachung bzw. der Aufforderung zur Interessensbestätigung oder in den Vergabeunterlagen angegebenen Unterlagen (**Eigenerklärung zur Eignung**, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
- **oder** eine einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis
- **oder** einen Eintrag in die Liste des Amtlichen Verzeichnisses präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (AVPQ)

vorzulegen.

Die Angaben für die Präqualifizierung sind den Maßgaben der Eigenerklärung zu entnehmen.

Bei den Referenzen ist darauf zu achten, dass es sich um geeignete Referenzen über vergleichbare Leistungen handelt.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen im Rahmen einer Eignungsleihe sind auf gesondertes Verlangen die Eignungsnachweise auch für diese abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

10 Bevorzugte Bewerber

Bieter, die als „Bevorzugte Bewerber“ berücksichtigt werden wollen, müssen dies im Angebot erklären und auf Verlangen den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen rechtzeitig vor Auftragserteilung führen. Wird der Nachweis nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bewerber behandelt.

Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bewerber als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben.



11 Angebotsfrist

Die Angebotsfrist läuft mit dem in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots genannten Termin ab.

12 Änderung der Vergabeunterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, innerhalb der Angebotsfrist Berichtigungen und Ergänzungen zu den Vergabeunterlagen vorzunehmen und diese zu veröffentlichen. Der Bieter ist verpflichtet, diese Änderungen bei seinem Angebot zu berücksichtigen. Die Vergabestelle wird die Angebotsfrist verlängern, sobald es der Umfang oder der Zeitpunkt der Änderung erforderlich macht.

Es wird darauf hingewiesen, dass Änderungen und Ergänzungen durch den Bieter in den Vergabeunterlagen nicht zulässig sind und einen Ausschluss aus dem weiteren Vergabeverfahren bewirken können (dabei handelt es sich insbesondere um Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen oder das Hinzufügen eigener AGB).

13 Vertrags- und Zahlungsbedingungen

Sämtliche Kommunikation wird in der Amtssprache Deutsch geführt.

Der Vergabe liegen die kommunalen Grundsätze gemäß Vergaben von Aufträgen im kommunalen Bereich zu Grunde. Es gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Beiliegende AGBs des Bieters stellen eine Änderung der Vergabeunterlagen dar und führen zwingend zum Ausschluss.

14 Datenschutz und Verschwiegenheit

Alle Informationen, die die Bieter im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung erhalten, sind vertraulich zu behandeln. Dies gilt gleichermaßen für sämtliche Vergabeunterlagen. Die Nutzung und Vervielfältigung sämtlicher Unterlagen für anderweitige Zwecke wird untersagt. Diese Verpflichtung ist an etwaige Drittunternehmen ungemindert weiterzugeben und von diesen einzuhalten.

Die im Rahmen der zugrundeliegenden Ausschreibung von Ihnen zu erstellenden Unterlagen dienen ausschließlich der Angebotswertung und als Grundlage des eventuell folgenden Auftrages. Im Übrigen werden sie vom Auftraggeber nicht weiterverwendet.

15 Haftungsausschluss

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen – trotz Anwendung größtmöglicher Sorgfalt des Auftraggebers bei ihrer Erstellung – unbeabsichtigt Angaben enthalten können,

die unzutreffend, unvollständig und oder mit den geltenden Verfahrensvorschriften unvereinbar sind.

Hierfür ist die Haftung des Auftraggebers, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.

16 Schlussbestimmungen

Gerichtsstand ist, soweit zulässig, Rosenheim. Der Auftraggeber ist auch zur Klageerhebung am Sitz des Auftragnehmers sowie an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand berechtigt.

Sollte eine Bestimmung dieser vertraglichen Regelungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein bzw. werden oder sollte sich in diesen vertraglichen Regelungen eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieser vertraglichen Regelungen vereinbart worden wäre, sofern die Vertragsparteien die Angelegenheit von vorne herein bedacht hätten.